

Nr. 16/09 vom 26.11.2009

Neue Weichenstellungen in der Energiepolitik?

Erwartungen an die 17. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages

Berlin. Anlässlich der 40. Sitzung des Arbeitskreises Zukunftsenergien, die zugleich die erste in der neuen Legislaturperiode des Deutschen Bundestages war, formulierten Akteure der Energiewirtschaft ihre Erwartungen an die Politik.

Der ehrenamtliche Vorsitzende des Arbeitskreises Zukunftsenergien, Dr. Frank-Michael Baumann (Geschäftsführer der EnergieAgentur.NRW) begrüßte Vertreter der Energiedienstleister, der erneuerbaren und fossilen Energien sowie der Stadtwerke, ebenso Abgeordnete des Deutschen Bundestages.

Aus Sicht eines Multi-Service-Dienstleisters, der in den Geschäftsbereichen Energie, Netz und Telekommunikation/Informationstechnologie tätig ist und zu den großen Unternehmen der Branche in Deutschland zählt, sprach der Leiter des Berliner Büros der EWE AG, Tobias Kempermann. Er vertrat kurzfristig den Vorstandsvorsitzenden des Konzerns und ehrenamtlichen Vorstandsvorsitzenden des Forum für Zukunftsenergien, Dr. Werner Brinker. Kempermann stellte drei Erwartungen an die Politik besonders heraus:

Die EU-Richtlinie über Endenergieeffizienz und Energiedienstleistungen, deren Umsetzung in der letzten Legislaturperiode an Unstimmigkeiten zwischen dem Bundesumwelt- und dem Bundeswirtschaftsministerium scheiterte, sei nun eins-zu-eins in deutsches Recht zu transferieren. Die Energieversorgungsunternehmen erhofften sich davon u.a. zu einem Akteur im Contractingmarkt werden zu können.

Er plädierte ferner für eine verstärkte und ideologiefreie Forschung im Energie- und Technologiebereich und die Weiterentwicklung des Nationalen Entwicklungsplanes Elektromobilität. Der Fokus sei dabei nicht nur auf batteriebetriebene, sondern auch auf brennstoffzellen- und wasserstoffbetriebene Fahrzeuge zu legen. Kempermann appellierte an die Politik, ihrerseits die Schaffung von Akzeptanz für neue Technologien in der Bevölkerung zu befördern.

Mit Blick auf das im Koalitionsvertrag angekündigte Energiekonzept 2010 erhofft sich Kempermann, dass alle politischen Akteure und insbesondere die zuständigen Bundesministerien konstruktiv zusammen arbeiten.

Für den Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes Braunkohle

(DEBRIV), Dr. George Milojcic, standen die weiteren Entwicklungen zum Thema „Carbon Capture and Storage“ (CCS) im Fokus der Erwartungen an die neue Bundesregierung. Er wies darauf hin, dass die CCS-Technologie auch nach Einschätzung der EU und der Internationalen Energieagentur eine wichtige Option in einem breiten Lösungsportfolio sei, um das 2-Grad-Ziel zu erreichen. Dr. Milojcic unterstrich die herausragende Bedeutung dieser Technik für den Industriestandort Europa, bzw. Deutschland und bat deshalb ebenfalls die Politik um Unterstützung bei der Schaffung von Akzeptanz für die Demonstrationsvorhaben. Darüber hinaus forderte er dazu auf, perspektivisch darüber nachzudenken, wie eine CO₂-Infrastruktur entstehen kann. Zu klären sei insbesondere die Frage der Finanzierung dieser teuren Vorhaben. Nach Auffassung Dr. Milojcics könne die Finanzierung nur in Form von Public Private Partnerships gemeistert werden.

Als ein Vertreter der Branche der Erneuerbaren Energien sprach Felix Hess, Vorstandsvorsitzender der Nawaro BioEnergie AG. Dieses Unternehmen produziert Biomethan im industriellen Maßstab und unterscheidet sich darin von den anderen Biogasproduzenten. Er plädierte für die Schaffung eines europäischen Marktes für erneuerbare Energien. Seiner Meinung nach ist es ökologisch und ökonomisch sinnvoller, wenn die Energieerzeugung und -anwendung, bzw. -verbrauch über Grenzen hinweg geschehe.

Weiter warb Hess für eine effizientere Förderung durch marktorientierte Ansätze. Beispielsweise könne die Vergütung der Stromeinspeisung stärker an die vermiedenen Kosten bei der Netzintegration gekoppelt werden. Derzeitiger bürokratischer Aufwand und entsprechende Kosten ließen sich so verringern.

Hess betonte außerdem die Wichtigkeit der Investitionssicherheit für die Branche auch der erneuerbaren Energien. Um diese nicht zu gefährden, sollten Änderungen im EEG und der Gasnetzzugangsverordnung nicht rückwirkend vorgenommen werden.

Die Erwartungen der Stadtwerke an die neue Bundesregierung wurden entlang der Erfordernisse, die sich aus den Segmenten Wettbewerbsmarkt und regulierte Netzwirtschaft ergeben, abgeleitet.

Der stellvertretende Hauptgeschäftsführer des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU), Michael Wübbels, forderte dementsprechend ebenfalls investitionssichere Planungs- und Rahmenbedingungen. Ferner war ihm die Berücksichtigung spezifischer kommunalwirtschaftlicher Bedingungen im Energiekonzept 2010 wichtig.

In seinem Vortrag ging er auf alle für die kommunalen Unternehmen wichtigen Gesetzesvorhaben ein und stellte die Erwartungen der kommunalen Unternehmen diesbezüglich vor. So plädierte er beispielsweise für eine angemessene und konsistente Berücksichtigung der KWK bei der Umsetzung der EU-Emissionshandelsrichtlinie.

Auch forderte er die Unterstützung seitens der Politik für kommunalwirtschaftliche Kraftwerksinvestitionen ein. Diese Investitionen würden - entsprechend des Ziels der neuen Regierungskoalition - den Erzeugungsmarkt beleben.

Weiterhin unterstrich Wübbels die Notwendigkeit der Ertüchtigung der

(Verteil-) Netzinfrastrukturen für Strom, Gas und Wärme. Ein leistungsfähiges, intelligent gesteuertes Netz unter Nutzung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) sei das Ziel. Um dieses zu erreichen, sei eine Überprüfung der Anreizregulierungsverordnung notwendig.

In der anschließenden Podiumsdiskussion debattierten die Bundestagsabgeordneten Dr. Joachim Pfeiffer (wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion), Michael Kauch (umweltpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion) und Hans-Josef Fell (energiepolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen) über die formulierten Erwartungen.

Die Präsentationen der Vortragenden stehen auf der [Homepage](#) des Forum für Zukunftsenergien zum Download bereit.

Das Forum für Zukunftsenergien bedankt sich bei der Deutsche Bank AG und der Vattenfall Europe AG sehr herzlich für die Unterstützung des Arbeitskreises Zukunftsenergien.

Über das Forum für Zukunftsenergien e.V.

Das Forum für Zukunftsenergien ist die einzige branchenneutrale und parteipolitisch unabhängige Institution der Energiewirtschaft im vorparlamentarischen Raum in Deutschland. Der eingetragene Verein setzt sich für erneuerbare und nicht-erneuerbare Energien sowie rationale und sparsame Energieverwendung ein. Ziel ist die Förderung einer sicheren, preisgünstigen, ressourcen- und umweltschonenden Energieversorgung. Der Verband hat ca. 200 Mitglieder aus der Industrie, der Energiewirtschaft, Verbänden, Forschungs- und Dienstleistungseinrichtungen sowie Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung.

Kontakt:

Katja Freitag
Referentin
Forum für Zukunftsenergien e.V.
Stralauer Platz 33-34
10243 Berlin

Tel.: 030 / 72 61 59 98 - 5
Fax: 030 / 72 61 59 98 - 9
freitag@zukunftsenergien.de
www.zukunftsenergien.de